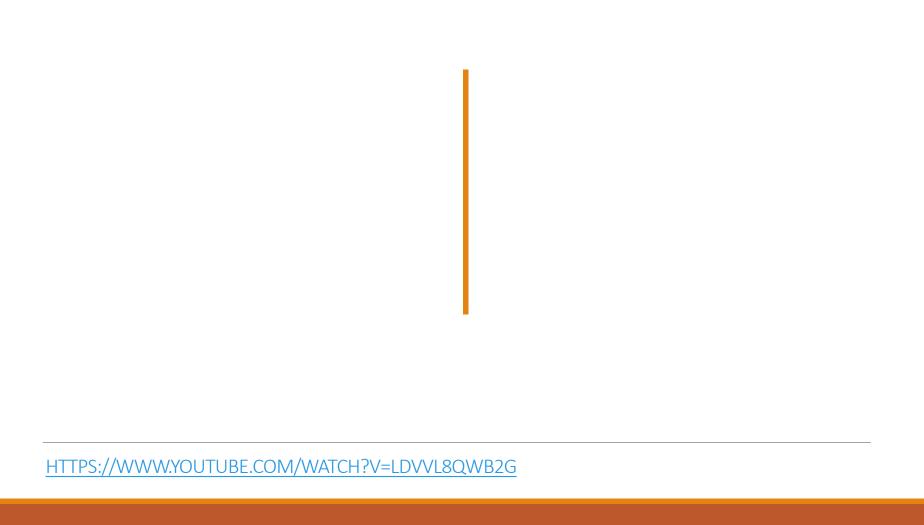


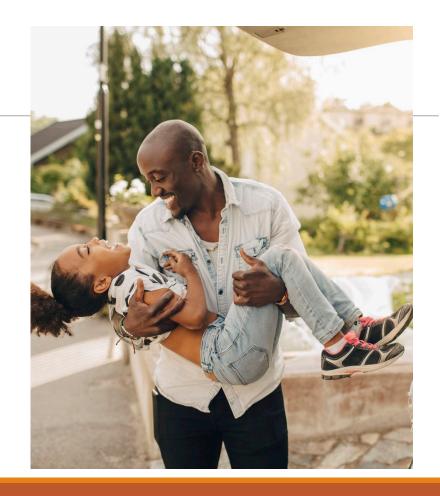
Gemeinsam zur besseren Versorgung für Kinder aus psychisch und suchtbelasteten Familien

von der interdisziplinären Arbeitsgruppe (AG KpkE) zum multiprofessionellen Bündnis



Jedes Kind in Deutschland hat das Recht gesund aufzuwachsen!

Insbesondere Kinder psychisch und suchtkranker Eltern brauchen dafür bedarfsgerechte und passgenaue Unterstützung, die systemübergreifend und flächendeckend angeboten wird.





Was bisher geschah? Sternstunden bundespolitischer Arbeit

Sternstunden der politischen Arbeit

- 2014: 17 bundesweite Akteure beantragen eine Sachverständigenkommission
- 2017: Deutscher Bundestag beschließt die Einrichtung einer interdisziplinären Arbeitsgruppe
- 2025: Deutscher Bundestag beschließt den Antrag "Prävention stärken – Kinder mit psychisch oder suchtkranken Eltern unterstützen"



Was bisher geschah? Bausteine der Netzwerkarbeit

Bausteine der Netzwerkarbeit

- 2019: AG KpkE beendet ihre Arbeit und veröffentlicht 19 Empfehlungen zur Verbesserung der Situation Kindern psychisch kranker Eltern
- 2020: Aktive Mitwirkende aus der AG KpkE setzen ihren Austausch fort
- 2021-2024: Kooperationen im KpkE-Netzwerk, vereinzelte Aktivitäten (u.a. fachpolitische Verlautbarungen, Expert*innengespräche vor interministeriellem Ausschuss 2022 und Anhörung Familienausschuss 2024, gemeinsame Fachtagungen Kleine Held*innen in Not & Und wer fragt mich)
- Mai 2024: Auridis Stiftung f\u00f6rdert die Projektkonzeptionsphase
- September 2024: Aus dem Netzwerk entsteht das Bündnis für Kinder aus psychisch und suchtbelasteten Familien



Einzelne Bausteine ergeben noch keine stabile Konstruktion

Vom Netzwerk zum Bündnis

KpkE-Netzwerk 2020 - 2024





























Deutsches Jugendinstitut



























- Ein loses Konstrukt
- Kein aufeinander abgestimmter Bearbeitungsprozess von relevanten Themen
- Vereinzelte Kooperationen und Aktivitäten in Form von Tagungen und Positionierungen
- Keine verlässliche Netzwerk Koordination, da keine Geschäftstelle
- Begrenzte Ressourcen
- Vereinzelte Verbände sorgen abwechselnd für digitale Netzwerktreffen
- Personenabhängigkeit → Gefahr der Instabilität
- Gemeinsames Arbeiten am Thema, aber jeder Verband mit seinen (partiellen) Interessen → keine Fokussierung auf ein gemeinsames Ziel



Um bundespolitisch wirksam zu sein, braucht das Bündnis klare Strukturen und personelle sowie finanzielle Ressorucen



Bündnis KipsFam

- Konstituierung: September 2024
- Säulen: Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheitswesen, Suchthilfe, Eingliederungshilfe, Frühe Hilfen etc.
- Kontinuierliche, regelmäßige Treffen (auch in Präsenz)
- Verabschiedung der GO/Bündnisregularien
- Begleitung der Projektkonzeption
- Koordinierung der Begleitung des Antrages Prävention stärken sowie Koordinierung der Bündnisvertreter*innen bei der Anhörung vor dem Familienausschuss zum Antrag
- Januar 2025: Wahl der Steuerungsgruppe
- Erstellung von Wahlprüfsteinen zur Bundestagswahl 2025
- Aufnahme von 8 neuen Verbänden seit Bündnisgründung:
 - Bundesverband Caritas Kinder- und Jugendhilfe (BvkE)
 - Bundesverband behinderter und chronisch kranker Eltern (bbe
 - Bundesarbeitsgemeinschaft Gesundheit & Frühe Hilfen
 - Sozialdienst katholischer Frauen Gesamtverein (SkF)
 - Bundeskonferenz f
 ür Erziehungsberatung (bke)
 - Qualitätsverbund Babylotse
 - Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (BAJ)
 - Bundesverband evangelische Behindertenhilfe (BeB)



Um (politisch) "laut" zu werden, braucht das Bündnis Strukturen für eine professionelle fachpolitische Themenanwaltschaft.

Bündnismitglieder stellen sich vor...

Birgit Averbeck



Deutsche Gesellschaft für Systemische Therapie, Beratung und Familientherapie

Dr. Koralia Sekler & Dr. Benjamin Strahl



Till Hofmann



Juliane Tausch





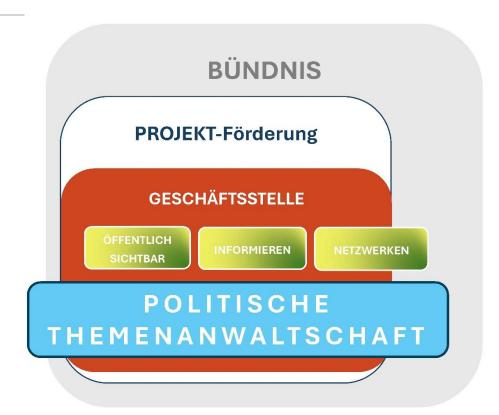


Politische Themenanwaltschaft des Bündnisses für Kinder aus psychisch und suchtbelasteten Familien (KipsFam)

Politische Themenanwaltschaft

- Förderung durch die Auridis Stiftung für 3 Jahre
- Aufbau einer Geschäftsstelle für das Bündnis
- Aufbau und Implementierung Politischer Themenanwaltschaft
- Projektträger: AFET-Bundesverband für Erziehungshilfe





Politische Themenanwaltschaft Hauptziel: Gesetzliche Regelungslücken zur Umsetzung ausgewählter sog. KpkE-Empfehlungen und des politischen Beschlusses zum Antrag "Prävention stärken – Kinder mit psychisch oder suchtkranken Eltern unterstützen" werden geschlossen.

→ sozialgesetzbuchübergreifende Familienorientierung und damit verbunden auf die Verbesserung der Zusammenarbeit der Systeme (insbesondere Gesundheitswesen, Kinder- und Jugendhilfe, Suchthilfe und Eingliederungshilfe)

Politische Themenanwaltschaft

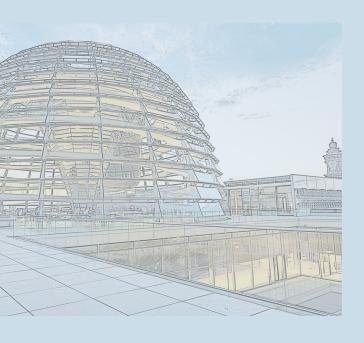
Fokus auf Umsetzung der **Empfehlungen 17a und 17b** des Abschlussberichtes der AG KpkE:

- Empfehlung 17 a: SGB-übergreifende einheitliche und gemeinschaftsfinanzierte Komplexleistungen, die die Leistungserbringer der Kinder- und Jugendhilfe, der Suchthilfe, des Gesundheitswesens und der Eingkiederungshilfe zusammenführen.
- Empfehlung 17 b: Verstetigung <u>interdisziplinärer</u>

 <u>Einrichtungen und Dienste</u> für Eltern und ihre Kinder, die je nach Bedarf und Zuständigkeit Leistungen der Gesetzlichen Krankenversicherung und der Gesetzlichen Rentenversicherung als auch Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe und Suchthilfe sowie Eingliederungshilfe integriert erbringen.



ZIELGRUPPEN



Direkte Zielgruppen:

- Fachpolitische Akteure auf Bundesebene: Mitglieder des Bundestages und des Bundesrates, insbesondere die fachpolitischen Sprecher*innen und ihre Referent*innen für Gesundheit, Familie, Soziales
- Vertreter*innen von Kostenträgern und Präventionsakteuren, Mitarbeiter*innen in Bundesbehörden und Bundesministerien (Gesundheit, Familie, Soziales) und ihre Arbeitsgruppen
- Stakeholder aus Gesundheit, Sozialpsychiatrie, Jugendhilfe, Familie auf Bundesebene; Bundesbeauftragte der Fachministerien

Indirekte Zielgruppe:

Kinder aus psychisch und suchtbelasteten Familien



MAßNAHMEN

- Politische Gespräche mit Bundestagsabgeordneten
- Positionspapiere
- Formulierungsvorschläge für die Novellierungen relevanter Sozialgesetzbücher wie SGB V und SGB VIII, mögliche Optionen für die sog. gemeinschaftsfinanzierte Komplexleistung (Empf. 17a) und Verstetigung von interdisziplinären Einrichtungen (Empf. 17b)
- Aktionstage
- Tagungen
- Expert*innengespräche mit Sachverständigen,
 Ministerien, Politik, Verbänden und Kostenträgern

Meilensteine der politischen Themenanwaltschaft 2025 2025 2025 2026 2026 II. Quartal II. Quartal (ab 01.06.2025) III. Quartal IV. Quartal I. Quartal · Einarbeitung in · Pressemitteilung zum Bündnisstart ist Erstes Expert*innenhearing zur Umsetzung der Politisches Papier zur Zweites Expert*innenhearings politische Prozesse hat veröffentlicht Umsetzung der Empfehlung 17a (mit Kostenträgern; Ministerien, mit relevanten Akteuren (mit stattgefunden · Strategieplanung auf Basis des Empfehlung 17a ist erstellt Stakeholdern etc.) ist durchgeführt Kostenträgern; Ministerien. Koalitionsvertrages ist gestartet • Option: Juristische Expertise zu Empfehlung 17a Parlamentarisches Stakeholdern etc.) zur · Recherche der neuen Abgeordneten Gespräch zur Umsetzung (gemeinschaftsfinanzierten Komplexleistungen) ist Umsetzung von Empfehlung 17b und Fachausschussvorsitzenden ist in Auftrag gegeben der Empfehlung 17a sowie (zu interdisziplinären Diensten) abgeschlossen zum Antrag "Prävention Kontakte zu Fachgruppen und Schnittstellenhat stattgefunden · Kontaktaufnahme mit Akteuren (insb. Präventionsketten, Lotsendiensten, stärken" ist durchgeführt Einzelgespräche mit Obleuten Fachpolitiker*innen und worden Betroffenenverbände und Länderinitiativen) sind wurden fortgesetzt Fachausschussvorsitzenden hat hergestellt stattgefunden Bekanntmachung des Bündnisses ist erfolgt Erste Einzelkonsultationen mit Fachpolitiker*innen und Obleuten haben stattgefunden 2027 2027 2026 2026 II. Quartal I. Quartal IV. Quartal III. Quartal · Gespräche mit Obleuten Parlamentarisches Gespräch zu politisches Papier zur Empfehlung 17b ist Option: Juristische Expertise zur Empfehlung Empfehlung 17b und weiteren erstellt wurden fortgesetzt 17b wurde in Auftrag gegeben themenrelevanten Schwerpunkten ist Einzelkonsultationen mit · Papier zum Umsetzungsstand des politischen erfolgreich durchgeführt Fachpolitiker*innen haben stattgefunden Antrags von Januar 2025 "Prävention stärken" als Follow-Up ist den Parlamentarier*innen zugesandt worden 2027 2027 2028 2028 III. Quartal IV. Quartal I. Quartal II. Quartal (bis 30.05.2028) · Einzelkonsultationen mit · Option: Drittes Expert*innenhearing zum · Parlamentarisches Gespräch zum · Politisches Papier als Follow-Up zu den Parlamentarier*innen und bundesrelevanten Handlungsbedarf wurde durchgeführt bundespolitischen Handlungsbedarf (Stand: Papieren zu 17a und 17b + Antrag Fachausschussvorsitzenden · Papier zu offenen bundesrelevanten Themen auf der Umsetzung des Antrags "Prävention "Prävention stärken" ist veröffentlicht finden verstärkt statt Grundlage der Rückmeldungen aus dem Hearing ist stärken" und der Vorschläge zu Empfehlung Abschluss-Event (Poweraktion) 17a und 17b) hat stattgefunden erstellt



Diskussion und Nachfragen ...